

Prof. Dr. Manfred Kappeler

Vortrag an der Bergischen Universität Wuppertal am 7.7.2008

„Achtundsechzig“ – und die Folgen für Pädagogik und Soziale Arbeit

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich über die Möglichkeit, heute Abend als Zeitzeuge zu der angekündigten „Bilanz“ vielleicht etwas beitragen zu können und bedanke mich für die Einladung.

Mit diesen höflichen Begrüßungssätzen sind wir schon mitten im Thema. Nie wäre ich in den Jahren um 1968 auf die Idee gekommen, einen Vortrag so zu eröffnen. Freilich waren meine öffentlichen Verlautbarungen damals auch keine Vorträge, sondern Reden, Stellungnahmen, Debattenbeiträge. Mein demnächst achtzigjähriger Freund und Kollege, der Erziehungswissenschaftler C. Wolfgang Müller, veröffentlichte damals ein Buch mit dem Titel „Vom Ende der Höflichkeit“. Höflichkeit – das waren für die allermeisten Kinder und Jugendlichen mit erzieherischem Nachdruck beigebrachte Anstandsregeln, die sich in Respektbezeugungen gegen Erwachsene erschöpften: Mach einen Diener, Mach einen Knicks, Gib das richtige Händchen, Gib Oma einen Begrüßungskuss, Steh gerade und nimm die Hände aus den Hosentaschen wenn du mit einem Erwachsenen sprichst und schau ihm dabei gefälligst in die Augen.

Diese Anstandsregeln zielten nicht auf Wertschätzung, gegenseitige Achtung und Anerkennung und nicht auf eine Höflichkeit des Herzens. Sie zielten vielmehr auf fraglose Hinnahme der umfassenden Befugnisse von Erwachsenen, besonders von Erziehenden: Müttern, Vätern, LehrerInnen, Meistern, Pfarrern, soldatischen Vorgesetzten, ErzieherInnen. Ja sogar Professoren, habe ich, der ich nie ein Student war, mir sagen lassen. Diese Formen der „Höflichkeit“ wurden von der antiautoritären Kritik als disziplinierende „bürgerliche Verkehrsformen“, als Mittel einer autoritären Erziehungspraxis kritisiert und abgelehnt. Auf der antiautoritären Schallplatte für Kinder „Warum ist die Banane krumm“ findet sich der schockierende Spruch: „Du sollst Vater und Mutter ehren, wenn sie dich schlagen, sollst du dich wehren. Wenn sie um die Ecke glotzen, sollst du sie in die Fresse rotzen.“ Als ich diese Platte in einer vom Jugendamt Zehlendorf in Berlin finanzierten Fortbildungsveranstaltung für ErzieherInnen in Kindertagesstätten auflegte, führte das zur Kündigung meines Honorarvertrags.

Die Methoden der Provokation der antiautoritären Erziehung (auch ein Widerspruch in sich?) zielten auf ein Generationenverhältnis, das der Einübung des Gehorsams zum Zweck der Aufrechterhaltung politischer, kultureller und ökonomischer Herrschaft diene. Erziehung zum Ungehorsam hieß die Losung. Was hat es bewirkt – was ist geblieben?

Verallgemeinernde Beurteilungen sind immer problematisch und oft falsch. Darum bleibe ich bei mir, zunächst bei meiner Erziehungspraxis als Vater von zwei Töchtern

und zwei Söhnen. Drei meiner Kinder hatten ihre frühe Kindheit vor „Achtundsechzig“. Die Älteste kam im April 1968 in Berlin schon in die Grundschule. Diese Schule hieß Kastanien-Schule und sollte nach einer bedeutenden Persönlichkeit oder einem historischen Ereignis umbenannt werden. Auf der Elternversammlung konnten Vorschläge gemacht werden. Die Schule lag im sogenannten Ostpreußen-Viertel von Lichterfelde. Ein Vater schlug „Tannenberg-Schule“ vor. Einige guckten betreten, einige nickten, ich machte einen Gegenvorschlag: „Ho-Chi-Minh-Schule“ – schließlich hatten die Proteste gegen den Vietnam-Krieg gerade ihren Höhepunkt erreicht. Allgemeine Empörung. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Meine kleine Tochter hatte ihr Stigma weg. „Wir wissen ja, aus welchem Stall du kommst“, sagte später ein Biologielehrer, den sie im Unterricht einen Rassisten schimpfte, weil er behauptete, „die Neger“ hätten von Natur aus einen niedrigeren Intelligenzquotienten als die „Weißen“, und sich dabei, nicht zu Unrecht auf Immanuel Kant berief. Christiane hat die Belastungen, die ihr unsere Erziehung zum Widerstand, zum Ungehorsam, aufbürdete, im Ganzen, so glaube ich, gut aufgenommen und in ihre Lebenspraxis umgesetzt: linke SchülerInnenzeitung am Gymnasium, Hausbesetzung und Leben im selbstorganisierten Jugendzentrum, Demonstrationsfreude, offene und unterstützende Erziehung ihrer eigenen Kinder.

Ganz anders ihre etwas jüngere Schwester Kathrin. Vor einigen Jahren sagte sie mir, wie groß ihre Angst war, wenn sie auf meinem Rücken an Demonstrationen teilnehmen musste, die oft von beiden Seiten in einem Klima von Gewalt stattfanden. Oder wenn ich die Kinder in das von mir unterstützte Georg-von-Rauch-Haus in Kreuzberg mitnahm, in dem an die hundert Jugendliche lebten, die meisten abgehauen aus Heimen der Jugendhilfe und aus für sie unerträglichen Familienverhältnissen. TrebegängerInnen, wie wir in Berlin sagten. Aber zwischen einer so „mutigen“ Schwester, wie sie sagte, und einem Bruder, der sich an der Älteren orientierte, traute sie sich nicht, ihre Angst zu zeigen und, was schwerer wiegt, nicht gegenüber ihren Eltern und deren Freunden, die sich in, von heute aus gesehen, unglaublich kurzer Zeit (ein bis zwei Jahren) von stinknormalen Klein-Familien-Eltern in Menschen verwandelten, die ihre eigenen bisher praktizierten Lebensformen auf den Haufen des „bürgerlichen Plunders“ warfen. Als wir unseren Kindern eines Tages sagten, sie sollten uns nicht mehr mit Mama und Papa, sondern mit unseren Vornamen anreden, wir würden sie ja auch nicht Sohn oder Tochter rufen, erlebte Kathrin das so, als wollten wir nun nicht mehr ihre Mama und ihr Papa sein – und wir, und ich, merkten nichts von ihrer Verzweiflung und ihrem Schmerz, den sie nicht zu zeigen wagte und so war sie – gehorsam. Erst Jahrzehnte später konnte sie darüber mit mir sprechen. Was für ein autoritäres Gebaren von Eltern im Zeichen einer antiautoritären Erziehung.

Alle meine Kinder waren früh selbständig. Drei taten sich mit Gleichaltrigen zusammen in Wohngemeinschaften. Kathrin ging in die anthroposophische Szene und suchte die Alternative einer, wie sie glaubte, heilen und befriedeten Welt. Ihre Kinder versuchte sie nach den Grundsätzen Rudolf Steiners zu erziehen. Ihre Hoffnungen erfüllten sich nicht. In ihrem späteren Pädagogik-Studium in den neunziger Jahren vertrat sie unter meist viel jüngeren und wie sie meinte eher angepassten

KommilitonInnen eine emanzipatorische Theorie und Praxis. In diesem Sinne arbeitet sie heute mit Spaß und Engagement als Lehrerin, mit größerer Sensibilität für die Fragen, die Ängste und die Stärken der Kinder, als wir sie aufgebracht haben. Antiautoritär würde sie das nicht nennen – aber sie achtet darauf, nicht autoritär zu sein und in unserer bildungs- und jugendpolitischen Kritik an den pädagogischen Verhältnissen heute begegnen wir uns.

Mein jüngster Sohn Sebastian, 1978 geboren, wie selbstverständlich mit den Vornamen seiner Eltern aufgewachsen, natürlich im Kinderladen und in einem Gemeinschaftshaus mit vielen Kindern und Erwachsenen, die linke, kritische SozialpädagogInnen, LehrerInnen, TheologInnen waren und sind. Papa und Mama sagt er manchmal in zärtlich-ironischer Absicht. Die Widersprüche, auch das Chaos der achtundsechziger Zeit, in dem sich seine älteren Geschwister zurecht finden mussten, hat er so nicht erlebt. Die Verhältnisse hatten sich geändert, sogar in der Vor- und Grundschule und in dem Gymnasium, das er besuchte. Wenn die halbe Klasse eine Woche die Schule schwänzte um in Gorleben gegen den Castor-Transport zu demonstrieren, sind die LehrerInnen wohlwollend und mit stiller Anerkennung darüber hinweg gegangen. Ich weiß, er hatte Glück mit den Schulen und den LehrerInnen und andere haben an anderen Schulen ganz andere Erfahrungen gemacht. Aber wäre dieses pädagogische erzieherische Glück ohne „Achtundsechzig“ möglich gewesen?

Szenenwechsel: Vom Vater zum professionellen Sozialpädagogen und seiner „Achtundsechziger-Geschichte“, die eine lange Vorgeschichte hatte. In diesem Jahr 2008 kann ich standesamtlich beglaubigt sagen, „Ich bin ein Achtundsechziger“, weil ich achtundsechzig Jahre alt geworden bin. Also ein Alt-Achtundsechziger? Was sollen das für Menschen sein? Das ist ein Schimpfwort im Sinne von „stehengeblieben“ – „ewig gestrig“ – „den Zug der Zeit verpasst“ – ein Sammelbegriff für alle, die sich damals politisch engagiert haben und ihr Denken und Handeln heute, vierzig Jahre später, nicht als „Jugendsünde“ abtun wollen. Aber gibt es denn auch die „Jung-Achtundsechziger“, die heute zwanzig- bis dreißigjährigen und gibt es die „Zwischen-Achtundsechziger“, die heute vierzig- bis fünfzigjährigen? Oder sind das alles die „Nach-Achtundsechziger“? Alle pauschalisierenden Generationenbezeichnungen deuten nur Linien an, die sich verwirren, gar auflösen, wenn man die einzelnen biografischen Verläufe genauer betrachtet. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die achtundsechziger Bewegung eine Revolte der Jugend war. Diverse Bezeichnungen legen diese Auffassung nahe: Studentenbewegung, Studentenunruhen, Jugendproteste. Der in der Erziehungswissenschaft/Pädagogik seit den bürgerlichen und proletarischen Jugendbewegungen an der Wende vom neunzehnten zum zwanzigsten Jahrhundert klassische „Generationenkonflikte“ ist auch gegenwärtig in den Versuchen der Historisierung der achtundsechziger Ereignisse ein wichtiger Zugang für Analyse und Interpretation.

Für die von den Achtundsechzigern kritisierten und angegriffenen Angehörigen der „Eltern-Generation“ war dieses Interpretationsmuster zur Abwehr der Kritik und zur Legitimation des eigenen Handelns hervorragend geeignet. Ich zitiere den Historiker

Hans-Joachim Schoeps (Jahrgang 1909) aus seiner 1972 bereits in neunter Auflage erschienenen Schrift „Deutschland droht die Anarchie“:

„Viele Jugendliche sind bärtiger als ihre Urgroßväter. Deren Bärte waren Symbole der Würde, vergleichsweise dezent und waren unterscheidbar als Kaiser-Wilhelm-, Franz-Josef-Bülow-Bärte usw. (die Hitler-„Rotzbremse“ erwähnt er nicht, M.K.). Jetzt aber kommt der Bart zurück – als ein politisches Aufstandssignal. Die Jugendlichen haben sich den Prophetenbart von Karl Marx oder den sarkastisch wirkenden Spitzbart Lenins oder die Bärte von Ho Chi Minh, Che Guevara oder Fidel Castro zum Vorbild genommen. Offenbar soll das der Ich-Identifizierung mit der Idealgestalt dienen, der man sich verschrieben hat. (...)

Die heutigen Jugendlichen – akademisch und nicht akademisch – fordern unentwegt rationale Diskussion über jede kontroverse Frage, weil sie glauben, sich dann durch Protest und Demonstration zu Gehör bringen zu können. In Wirklichkeit hören sie aber in derartigen Diskussionen immer nur sich selber. Läuft eine Diskussion in den Augen der Roten nicht ertragreich genug ab, wird sie von ihnen selber wieder gesprengt. (...)

Meine Generation hielt mehr von Gesprächen im begrenzten Kreis, in denen man sich übte, auf den anderen hinzuhören, das Recht der eigenen vom Recht der fremden Meinung abzugrenzen und die Gewichte gerecht abzuwägen. Diese geistige Fairness, die damals selbstverständlich war, ist heute selten geworden. Was sich heute Diskussion nennt, ist meist nur ein Schlagabtausch von Phrasen. Uns ging es um Bildung des Gemüts, des Charakters, des Geistes. Bildung kann durch Diskussion niemals ersetzt werden.

Da Diskussionen mit heutiger Jugend im Allgemeinen nicht möglich sind, kann es sich nur darum handeln, diese in Gespräche zu verwandeln, die sogar am besten nur unter vier Augen stattfinden. Damit wird freilich schnell der Bereich individueller Seelsorge erreicht. Offenbar gibt es aber keinen anderen Weg, den einzelnen Jugendlichen aus dem vofabrizierten Schablonendenken herauszulösen. Nur muss sich der Ältere darüber klar sein, dass es seine Kraft übersteigt, mit mehr als einigen wenigen derartige Gespräche zu führen und dass die Partner, falls sie nicht tiefsinnig veranlagt sind, schon am nächsten Tag meist rückmanipuliert werden. (...)

Wir kommen nunmehr zu den politischen Konsequenzen, die sich aus der Gesamtsituation dieser Jugend ergeben: Breite Schichten der Jugend in Deutschland stehen nicht nur kritisch zur bestehenden Ordnung – das könnte ein Moment der Stärke sein – sondern feindselig und sind dazu bereit, durch schleichende Unterwanderung allmählich das Bestehende zum Einsturz zu bringen. Sie sind gegebenenfalls auch zu Aktionen des Hoch- und Landesverrats entschlossen, weil das ‚Establishment‘ nach ihrer Meinung nicht anders zu beseitigen sei. Establishment ist für sie sowohl Ausdruck verächtlicher Erbärmlichkeit wie böartigen Unterdrückungswillens. Mit dem ersteren Vorwurf könnten sie bis zu einem gewissen Grade Recht haben, mit dem zweiten bestimmt nicht, denn so viel Freiheit hat noch keine andere je besessen wie diese angeblich so unterdrückte Generation. (...)

Ich schließe nicht die Augen davor, dass die langfristigen Perspektiven der gegenwärtigen Lage doch wohl überwiegend ungünstig für die Bundesrepublik sind.

Ihre Institutionen sind weitgehend aufgeweicht oder von ihren Feinden aus der jungen Generation unterwandert, die mit klarem Programm, abgesprochener Taktik und Strategie den ‚langen Marsch durch die Institutionen‘ (R. Dutschke) längst angetreten haben. Die ersten Jahrgänge marxistischer Gerichts- und Studienreferendare sowie Predigtamtskandidaten mit einem erschreckend niedrigen Bildungsstand rücken bereits in die Stellen für den Nachwuchs ein. Vom Leistungszwang verfolgt sind sie zu keinen wirklichen Leistungen fähig – es sei denn, zu demagogisch-agitatorischen der ‚Systemüberwindung‘. Wenn der jetzige Trend nicht bald umschlägt, kann das Ende vom Lied nur das Chaos und anschließend – zwangsläufig – die Diktatur sein.“ Schoeps war Hochschullehrer und beruft sich für seine Darstellung und Interpretation auf seine Erfahrungen mit der „heutigen Studentengeneration“.

Sehr viel differenzierter wird der „Generationenkonflikt“ in der 1968 von Hermann Glaser und Axel Silenius herausgegebenen Schrift „Protest der Jugend – Analysen – Meinungen“ diskutiert. Da heißt es:

„Das ganze Hin und Her wird uns, wenn wir nach vielen Jahren zurück schauen, einen Wendepunkt zu markieren scheinen. Denn noch nie hat ein ganzes Volk insgesamt über die Studenten und unsere Jugend so interessiert nachgedacht wie jetzt: über die Kinder der Generation, die heute im öffentlichen Leben bestimmend ist. Wir müssen uns fragen, was wir gut oder falsch gemacht haben. Wie kommt es, dass diese unsere Kinder so schnell bei der Hand sind mit dem Aufschrei gegen die ‚staatliche Obrigkeit‘? Wir, die wir vor oder während des Ersten Weltkriegs geboren sind, in der Weimarer Republik für kurze Zeit Freiheit atmen konnten und sogar etwas Wohlstand erlebten, dann später Hunger und Tod erlebten in einem Staat, der uns zu Ameisen degradieren wollte, wir sind bestürzt und erschreckt, weil wir nun bei so viel Freiheit und Wohlstand, den wir bisher in Deutschland noch nicht kannten, eine Jugend vor uns sehen, die das gar nicht zu würdigen scheint. Illusion oder Lüge? (...)

Unter welchen Gesichtspunkten haben wir unsere Kinder groß gezogen? Einer war herausstechend: Unsere Kinder sollten es besser haben! In dieser Richtung haben sich auch Alle Mühe gegeben. Eltern haben gespart und Witwen gedarbt in den Jahren nach 1945. Und das Beste, was der ‚Nazi-Komplex‘ bewirkte, war, dass der Vater bewusst oder unbewusst Distanz von den aufwachsenden Söhnen nahm, und dabei wurde unbewusst die Jugend in den kritischen Jahren sich selbst überlassen. (Hinzu trat natürlich die Arbeitsüberlastung des Vaters in der Aufbauzeit.) Dabei ist jenes Wunder geschehen, das ein einsichtiger Pädagoge einmal pointiert so formulierte: ‚Es ist die charakterlich beste und offenste Jugend (in einer sich öffnenden Welt), die es jemals in Deutschland gegeben hat.‘ Offenheit und Ehrlichkeit, Hilfsbereitschaft und Selbstbewusstsein sind meines Erachtens die Grundzüge unserer heutigen Jugend. Sie ist deshalb besser, als wir gewesen sind, weil wir uns oftmals unter dem Druck der inneren und äußeren Autorität verstecken mussten und oftmals gezwungen waren, unehrlich zu sein. Die technische Umgebung hat diese Jugend zugleich nüchterner gemacht. (...)

Während die Väter dieser Jugend Not, Elend und Dreck hinter sich ließen und an einem sauberen Hemd, an einem festen Arbeitsplatz und am Auto Genuss und

Genugtuung fanden und finden, findet es mancher in dieser Jugend in seiner impulsiven Reaktion: im Gamlertum. Die Möbel für ihr Zimmer holen sie sich von der Müllkippe, ihr Schmutz ist ein ‚Entwertungscharakteristikum‘ des Wohlstands. Spüren diese jungen Leute insgeheim jenes alte Lebensgesetz, das zu jedem schöpferischen Prozess so etwas wie das Erlebnis mit der Not gehört?

Wenn die jungen Leute aber nicht fertig werden mit der Freiheit und den Problemen des Wohlstands, so machen sie die Gesellschaft dafür verantwortlich. Hier ist eben der Bogen der Einsicht zu kurz gespannt.“

Die Universität Kassel hat ihre Ringvorlesung zu „Achtundsechzig“ in diesem Sommersemester überschrieben: „Eine Generation wurde erwachsen“. Ich hielt in der vergangenen Woche den Abschlussvortrag und fragte mich bei der Vorbereitung, ob ich als Beteiligter an den Bewegungen und Ereignissen, die mit der Metapher „Achtundsechzig“ zusammengefasst werden, damals das Gefühl – oder das Bewusstsein? – hatte, in diesem Geschehen „erwachsen“ zu werden. Die Antwort: eindeutig! Nein! Ich wurde damals nicht erwachsen – ich war es schon, seit geraumer Zeit, so jedenfalls meine Selbstwahrnehmung und die hatte gute soziologische Gründe. Alle sogenannten Statuspassagen auf dem Weg vom Kind zum Erwachsenen hatte ich 1968 bereits erfolgreich passiert: zwei abgeschlossene Berufsausbildungen (Bäcker und Sozialarbeiter), seit vierzehn Jahren immer berufstätig und durch eigene Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt verdient – eine Familie „gegründet“, das heißt verheiratet und bereits drei Kinder mit-gezeugt. Um 1965 hatte ich schon einen Namen in der Jugendhilfe-Reformdiskussion und 1966 war ich in West-Berlin Leiter einer Modelleinrichtung der Jugendhilfe, deren Konzeption ich selbst entwickelt hatte: ein sogenanntes Übergangshaus für dreißig sogenannte straffällige Jugendliche, von denen die meisten, sogenannte Langstrafer, einige Jahre als Gefangene in der Jugendstrafanstalt verbringen mussten. Im Herbst 1968 wurde ich Dozent in einer sozialpädagogischen Fortbildungsstätte, in der ich für die berufsbegleitende Ausbildung und für die Fortbildung des erzieherischen Personals in der Heim- und Fürsorgeerziehung der kommunalen Jugendämter und des Landesjugendamts verantwortlich war. Außerdem hatte ich Lehraufträge in einer heilpädagogischen Zusatzausbildung für MitarbeiterInnen in Erziehungsberatungsstellen und an der Sozialakademie Alice Salomon (Höhere Fachschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik). Daneben machte ich selbst eine berufsbegleitende Ausbildung zum Analytischen Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten am Institut für Psychotherapie und befand mich in der klassischen Lehranalyse. Alles in Allem also voll-erwachsen. Jedenfalls nach *den* Kriterien der Gesellschaft, die ein Mann erfüllt haben musste, dem dieser Status zuerkannt wurde – und das wurde er, von meinen MitarbeiterInnen und von den Jugendlichen im Heim, von meinen Vorgesetzten in der Hierarchie des Trägers, von KollegInnen und StudentInnen in den Ausbildungsstätten. Niemand wäre auf die Idee gekommen, mich einer Jugendprotest-Bewegung zuzurechnen. Die soziologischen Kriterien, mit denen die StudentInnen sozial klassifiziert wurden, fehlten bei mir ganz. Mit vierzehn Jahren aus der „achten Klasse Volksschule“ entlassen, davon circa zwei Jahre Unterrichts-

ausfall durch sogenannte Nachkriegs-Wirren. Die Familie verlassen, um im Ruhrgebiet – zweihundert Kilometer von Mutter und Geschwistern entfernt – eine, von heute aus gesehen, extrem ausbeuterische Bäckerlehre zu machen; oft genug an der Grenze zum Abhauen, zum Fall für die Jugendhilfe. Zu meinem Glück fand ich Anschluss an eine selbstorganisierte Jugendgruppe des CVJM und gleichaltrige Freunde, alles Lehrlinge und Jungarbeiter wie ich, die meisten im Bergbau. Die Solidarität untereinander – die wir nicht so nannten, weil das Wort uns fremd war – stärkte uns, besonders mich, der ich mit „Kost und Logis“ der Willkür des Meisters noch mehr ausgeliefert war als die Industrielehrlinge mit geregelter Arbeitszeit und gewerkschaftlichem Schutz. Mit Siebzehn Gesellenprüfung, dann Bäcker Geselle, mit Achtzehn einer der ersten wehrpflichtigen Bundeswehrsoldaten, wieder Bäcker, nebenher autodidaktische Vorbereitung auf eine externe Schulwissenschaftliche Reifeprüfung (ein Äquivalent zur Mittleren Reife), die mir zusammen mit meinem Gesellenbrief die Tür zur Wohlfahrtspflegeschule der Evangelischen Frauenhilfe in Gelsenkirchen öffnete, zu einer Ausbildung zum Wohlfahrtspfleger, die bald in eine dreijährige Höhere Fachschule für Sozialarbeit umgewandelt wurde, mit anschließendem Berufspraktikum und einer zweiten Staatsprüfung, so dass ich mit der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannter Sozialarbeiter“, die für mich einen enormen sozialen Aufstieg bedeutete, in eine Praxis ging, die die nationalsozialistische bevölkerungspolitische Ausrichtung der Sozialen Arbeit, vor allem der Jugendhilfe, noch längst nicht abgelegt hatte. Besonders deutliche zeigte sich das an der erzieherischen Praxis in der Heim- und Fürsorgeerziehung. Aber neue Gesetze waren gerade in Kraft getreten: Die Novelle zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz trat als JWVG an die Stelle des Gesetzes von 1924, das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) mit seinem § 1: „Jeder Mensch hat ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben...“ trat an die Stelle der ebenfalls aus den Zwanzigern stammenden Reichsfürsorgepflichtvereinbarung. Und ich war mit anderen SozialschülerInnen aus Protest gegen unsere CDU-lastige Schulleitung und gegen den Adenauer-Staat in die SPD eingetreten. Wir gründeten, gleich nach Beendigung der Ausbildung, einen Arbeitskreis „Reformorientierter Sozialarbeiter“ im Ruhrgebiet, der etwa dreißig Mitglieder hatte, und machten eine Zeitung mit circa Hundert-Auflage, abgezogen auf Wachsmatrizen, mit dem symbolischen Namen „Zeit-Zeichen“. Alle Beteiligten waren wie ich aus gewerblichen Berufen und über den Zweiten Bildungsweg Sozialarbeiter geworden. In unserem Jahrgang gab es unter den Männern einen Abiturienten. Die soziale Herkunft der Frauen unterschied sich etwas von der der Männer: Viele Mitschülerinnen waren Pastorentöchter oder kamen aus einem gehobenen evangelischen Bildungsbürgertum. Wir wussten aus Vorpraktikum, Praktikum und Berufspraktikum, was für eine Praxis uns da erwartete und hatten uns „im Geist der neuen Gesetze“ gut darauf vorbereitet. Den berühmten Praxis-Schock erlitten wir nicht. Schließlich hatten wir Lebenserfahrung und kannten die Verhältnisse. Diesen Verhältnissen versuchten wir beizukommen, indem wir mit Modellen, mit Modelleinrichtungen zu zeigen versuchten, wie Jugendhilfe/Soziale Arbeit anders gemacht werden kann, wie sie einen Beitrag zur Entwicklung eines demokratischen Gemeinwesens leisten kann. Aber „die Verhältnisse“ erwiesen sich resistenter als wir

angenommen hatten. Unsere Veränderungsversuche blieben in allen Fällen „Modelle“, die von der Regelpraxis ignoriert und teilweise auch aktiv abgelehnt wurden. So langsam dämmerte uns, dass hinter dieser Resistenz mehr stecken musste als ein unaufgeklärtes Bewusstsein und Verhärtungen/Verkrustungen einer tradierten Praxis. Mit *uns* meine ich die reformmotivierten jungen SozialarbeiterInnen der guten ersten Hälfte der sechziger Jahre – die „Sechziger“ möchte ich sie hier nennen – die den Achtundsechzigern unmittelbar vorausgingen und 1968 als schon Berufserfahrene und zunehmend ent-täuschte und de-illusionierte Erwachsene mit der „Aufbruchstimmung“, die jetzt von den Universitäten, von den radikal-kritischen StudentInnen ausging, erreicht wurden, wenn sie sich davon erreichen lassen wollten. Automatische Vermittlungsprozesse zwischen gesellschaftlichen Bewegungen und Individuen gibt es meines Erachtens nicht. Für uns „Sechziger“ war das eine schwierige, für manche turbulente Annäherung, denn die „Achtundsechziger“ hatten ihre eigene sehr andere Geschichte: im SDS, in Rezeption und Auseinandersetzung mit der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule, um nur einige der Vorbedingungen der Studentenbewegung hier zu nennen. Vor allem aber kamen wir nicht aus den bildungsprivilegierten Schichten, wie die große Mehrheit der linken StudentInnen, die, wie Klaus Wagenbach im Nachwort zu Ulrike Meinhofs „Bambule“ 1971 schrieb, erst die Erfahrung machen mussten, „dass die theoretisch gewussten Widersprüche der Gesellschaft da und dann wirklich bewusst werden, wo sie auch sinnlich erfahrbar werden“. Etwas vereinfacht: Wir „Sechziger“ in der Sozialen Arbeit hatten die „sinnliche Erfahrung“, konnten die gesellschaftlichen Bedingungen, die sie hervorbrachten und prägten, aber nicht hinreichend analysieren und erkennen. Die „Achtundsechziger“ hatten die kritische Theorie der Gesellschaft, aber als „Praxis“ und sinnliche Erfahrung „nur“ ihren Ort der Auseinandersetzung: die Universität.

Für die Entwicklung einer radikalen linken Bewegung in der Sozialen Arbeit, deren Fokus die Jugendhilfe war, war das Aufeinander Zugehen, manchmal auch die spontane unverhoffte Begegnung, von unzufriedenen, reformerischen PraktikerInnen und kritischen linken StudentInnen und TheoretikerInnen der entscheidende Punkt. Für uns PraktikerInnen war der Ansatzpunkt der Kritik der täglich erfahrene Widerspruch zwischen propagiertem Anspruch, zum Beispiel in den Leitnormen der neuen Gesetze, und einer weithin repressiven und kontrollierenden Praxis. An diesem unbegriffenen Widerspruch arbeiteten wir uns seit Jahren ab. Die Kritische Theorie in Verbindung mit Ansätzen der historisch-materialistischen Gesellschaftsanalyse half uns zu in der Reichweite durchaus bestürzenden, dabei große politische Horizonte eröffnenden Einsichten. Sie begegnete uns in Gestalt von StudentInnen der Pädagogik und der Sozialen Arbeit, die Verbindungen mit den Zentren der Studentenbewegung in Berlin und Frankfurt am Main hatten und auch in Gestalt von gerade diplomierten Akademikern, Soziologen zumeist. In Berlin waren das Manfred Liebel und Hellmut Lessing. Beide ehemals SDS-Vorsitzende. Liebel hatte eine Stelle als Referent für Sozialpädagogik am Pädagogischen Zentrum, einer dem Schulministerium gehörenden Fortbildungsstätte für pädagogische Berufe. Lessing war gerade Assistent bei dem Erziehungswissenschaftler und Sozialpädagogen C. Wolfgang Müller am Institut für Sozialpädagogik der Pädagogischen Hochschule Berlin geworden. Aus dem

Frankfurter SDS kommend, bei Adorno und anderen der Frankfurter Schule studiert, begannen sie ihre Berufstätigkeit in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik genau zu dem Zeitpunkt, als bei mir und anderen die teilweise bis zur Wut gesteigerte Unzufriedenheit mit der betonierten Jugendhilfepraxis ihren kumulativen Höhepunkt erreicht hatte. Ein historischer Glücksfall und für mich ein biografischer Wendepunkt mit nachhaltigen Folgen, durchaus in der Doppelbedeutung dieses Wortes: „Du wirst schon sehen, was du davon hast“ einerseits, und dem „Aufbruch zu neuen Horizonten“ andererseits. „1968 und die Folgen für ...“ wie es im Titel dieser Veranstaltungsreihe heißt, verstehe ich auch in seiner Doppeldeutigkeit. Im üblichen erzieherischen Sprachgebrauch sind mit dem Hinweis auf „Folgen“ meistens negative Konsequenzen eines unerwünschten Handelns gemeint. Die „Folgen des Drogenkonsums, der Arbeitslosigkeit, der Leistungsverweigerung, des ungeschützten Geschlechtsverkehrs“ (das letzte ein schreckliches lustfeindliches Drohwort). Die positiven Ergebnisse eines gewünschten Verhaltens werden hingegen meistens mit dem vielversprechenden Wort „Wirkungen“ belegt.

Folgen und Wirkungen in der Pädagogik/der Sozialen Arbeit versuche ich im Folgenden an der Jugendhilfe deutlich zu machen, die als Sozialpädagogik zur Pädagogik und zu den Erziehungswissenschaften gehört, als eines der großen und bedeutenden Praxisfelder der professionell organisierten „Hilfe“, aber genauso auch zur Sozialen Arbeit gehört. Dabei nehme ich meine eigene Geschichte als professioneller Sozialarbeiter/Sozialpädagoge im achtundsechziger Geschehen als zwar durchaus individuelles, in vielen Bezügen aber auch exemplarisches Beispiel. Wie immer, wenn Zeitzeugen berichten, geht es um den Zusammenhang von Biografie und Zeitgeschichte, wenn das Berichten nicht in ein beliebiges Erzählen abgleiten soll. Wie bereits erwähnt, leitete ich bis Juli 1968 dieses Modellheim am Schnittpunkt von Jugendhilfe und Jugendstrafrechtspflege, für das ich die Konzeption mit weitreichenden Zugeständnissen des Trägers und des Landesjugendamts erarbeitet hatte. Ein wichtiger Punkt war die Vereinbarung mit der West-Berliner Polizeiführung, dass das Haus und das Gelände des Heims eine polizeifreie Zone sein sollten, die den kriminalisierten Jugendlichen ein Moratorium bieten sollte, das sie vor Anschluss-Stigmatisierungen als „entlassene Strafgefangene“, nach dem Motto „einmal kriminell immer kriminell“ usw. schützen sollte. Diesen Hiatus in ihrer Stigmatisierungsgeschichte hielt ich für unverzichtbar, wenn den Jugendlichen der „Weg in das bürgerliche Leben“ gelingen sollte. Diese Vereinbarung wurde bereits im ersten Jahr durch schikanöse und, ich muss es sagen, brutal-vandalisierende nächtliche Überfälle von Polizeikommandos gebrochen, die mit keinem zureichenden Grund gerechtfertigt werden konnten. Meine dringenden Beschwerden hatten keine Wirkung. Dieses Heim passte einfach nicht in das Weltbild der Polizei. Als am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen wurde und die „Quick“ (damals ein Magazin vielleicht vergleichbar mit dem „Stern“) eine Serie mit dem Titel „Deutschland Deine Polizei“ startete, machte ich eine Dokumentation der Polizeiübergriffe auf unser Heim und drohte, die in der Quick zu veröffentlichen. Das wirkte. Auf einer Vollversammlung mit allen West-Berliner Abschnittsleitern und der

Polizeiführung wurde die Vereinbarung bestätigt und Besserung versprochen. Aber eine Woche später wurde mir vom Vorstand des Trägers und vom Kuratorium der Einrichtung ein scharfer Verweis wegen meines eigenmächtigen und völlig inakzeptablen Vorgehens gegen die Polizei erteilt und mir ein Maulkorb verpasst: Ich sollte hinfort mich nicht mehr ohne Genehmigung, das heißt ohne vorherige inhaltliche Absprache, öffentlich in Fragen der Heimerziehungsreform und der Jugendstrafrechtspflege äußern dürfen, obwohl ich unter anderem mit der Zusage uneingeschränkter Rede- und Diskussionsfreiheit in der Jugendhilfe-Öffentlichkeit nach Berlin geholt worden war. An dieses Verbot hielt ich mich nicht und bekam in diesem Widerstand eine für mich sehr wichtige Unterstützung. Ich hatte einen Praktikanten, der an der Sozial-Akademie Alice Salomon studierte und dort zu einer Gruppe von StudentInnen gehörte, die sich zur APO zählten und Kontakt zur Gruppe um Rudi Dutschke an der Freien Universität hatten. Etwa fünfundzwanzig Frauen und Männer. Die holte der Praktikant in das Heim. Auf einer Vollversammlung der Jugendlichen, des Mitarbeiterteams und der StudentInnen, die ich nie vergessen werde, wurden die Erfahrungen und Wünsche der Jugendlichen und der SozialpädagogInnen diskutiert. Die StudentInnengruppe beschloss danach, in ihrem Vertiefungsgebiet (zweisemestriges Projektstudium im letzten Studienjahr und Hauptprüfungsfach) Theorie und Praxis der Heimerziehung zu untersuchen. Sie wählten mich als Dozenten und erreichten, dass ich an ihrer Sozialakademie dafür einen Lehrauftrag bekam. Über diese Arbeit mit den Sozialarbeiter-StudentInnen der sogenannten Gruppe D an der Alice-Salomon-Akademie bekam ich nun selbst Kontakt zu Gruppen und Personen der Berliner APO-Szene. Mir wurde schnell klar, dass mit meinem theoretischen Repertoire von liberalen Erziehungs- und Fürsorgetheorien und bürgerlicher Psychoanalyse keine Klarheit über die Gründe für die skandalösen Zustände und Erziehungspraktiken in der Heim- und Fürsorgeerziehung zu gewinnen war. Den StudentInnen wurde klar, dass ihre analytischen Anstrengungen ins Leere laufen würden, wenn es nicht gelang, ein dialektisches Theorie-Praxis-Verhältnis herzustellen. So entwickelte sich ein gleichberechtigtes fruchtbares Bündnis zwischen den mit kritischer Theorie und revolutionärer Veränderungslust geladenen StudentInnen und mir, ihrem praxiserfahrenen und selbst theoriehungrigen Dozenten. Ich lernte von ihnen, sie lernten von mir. In wenigen Monaten wurde ich von einem enttäuschten sozialdemokratischen Jugendhilfe-Reformer zu einem radikalen linken Kritiker, der sich tiefgreifende Veränderungen in der Jugendhilfe, in der Sozialen Arbeit insgesamt nur als Teil einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft vorstellen konnte.

Die theoretische Analyse und Kritik der Heimerziehung im Seminar reichte uns nicht. Kritische Theorie und Praxis mussten zueinander kommen – sie drängten förmlich zueinander. Diese starke Auf-einander-zu-Bewegung von Theorie und Praxis in der zur APO gehörenden SozialarbeiterInnen-ErzieherInnen-PädagogInnen-Bewegung des Jahrzehnts von 1968 bis 1978 bewährte sich auch als ein solidarisches Netzwerk für die in den sich daraus ergebenden zugespitzten Konflikten von der

Sozialbürokratie mit einem Berufsverbot belegten SozialarbeiterInnen/PädagogInnen. Diese Solidarität gehört zu meinen wichtigsten und nachhaltigsten Lebenserfahrungen.

Der Streit um die Möglichkeit revolutionärer Praxis, um ein gesellschaftsveränderndes Theorie-Praxis-Verhältnis, dieser Streit der radikalen Gruppen im SDS mit ihren Lehrern Adorno, Horkheimer, Friedeburg, Habermas und anderen spielte in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, soweit ich sehe, kaum eine Rolle. In diesem Bereich gesellschaftlicher Arbeit geht es immer um die Herstellung eines handlungsbezogenen Theorie-Praxis-Bezugs, und wenn er gut gelang, entstand ein dialektisches Verhältnis, das heißt nicht nur theoriegeleitete Praxis, sondern auch praxisbezogene Theorie, die ihre Fragen und ihre Forschungen im Dialog mit einer dafür offenen Praxis entwickelte. Aus diesem Zusammenkommen entstanden viele Projekte, die als Neue Praxis praktische Kritik an der Sozialarbeit/Sozialpädagogik in einer kapitalistischen Gesellschaft übten.

Aus unserem Vertiefungsgebiet Heimerziehung an der Alice-Salomon-Akademie entstand im Frühjahr und Sommer 1968 die Berliner Heimkampagne. Mit spektakulären Aktionen in Senatsheimen wurde buchstäblich das Licht der Öffentlichkeit auf die menschenverachtenden Praktiken hinter Mauern, geschlossenen Türen und vergitterten Fenstern gebracht.

Peter Wiedemann, der zusammen mit Martin Bonhoeffer im Januar 1969 das Referat „Heimerziehung“ einschließlich der Heimaufsicht im West-Berliner Landesjugendamt übernahm – beide gehörten als leitende Senatsbeamte nicht zur APO und standen unseren Aktionen eher skeptisch gegenüber – erinnerten sich 1989 an die Situation, die sie bei ihrem Amtsantritt in den Heimen der Jugendhilfe antrafen: „Wir erlebten dramatische Situationen: Viele hunderte von Kindern und Jugendlichen liefen aus den Heimen weg, gingen auf ‚Trebe‘, wie es in Berlin heißt, fanden in Privatwohnungen zum Teil sehr fragwürdigen Unterschlupf. Es entstanden die zwei großen Jugendwohnkollektive (Georg-von-Rauch-Haus und Thomas-Weissbecker-Haus – M.K.) berühmt, berüchtigt, auch politisch wegweisend, überwiegend denunziert. (...) Zu den Senatsheimen: Ich erinnere mich an große Festungen, an Mauern und Stacheldraht, Gitter, die regelmäßig nachzusehen waren, ob sie noch haltbar sind, in allen Heimen gab es Pförtner, die ohne Nachweis keinen rein oder raus ließen, da waren die Zellen, ‚Bunker‘, die zum Teil keine Toiletten hatten, die Kinder und Jugendlichen mussten sich durch Klingeln bemerkbar machen. Manche Heime waren in Baracken untergebracht, schlimmer noch empfanden wir aber diesen riesigen Neubau des Hauptkinderheims, wo mehr als vierhundert Kinder, auch Säuglinge untergebracht waren. Ein klinischer Bau, ein Labyrinth, wo man nicht so recht den Ein- und Ausgang fand, wo Sachbeschädigungen, Bambulen der Kinder keine seltenen Ereignisse waren. (...) Fast überall waren die Bauten und Räume in einem furchtbaren Zustand (...). Es gab kaum Wohneinheiten, die Versorgung war weitestgehend zentralisiert. Ich erinnere mich an die antiquierten Werkstätten, den Zwanzig-Pfennig-Stundenlohn, an die Macht der Diagnostiker und Gutachter, die tatsächlich glaubten, man könne die Kinder in eingesperrter Situation authentisch

erleben, ihnen näher kommen. Ich sehe vor mir unsichere, devote, distanzierte Erzieher im Büro sitzen, die vielen Schlüssel, das Auf- und Zusperrern, die Dienstbücher, Wäschebücher, Entweichungsbücher, die Bücher für ‚besondere Vorkommnisse‘. Es gab auch blau-grüne Anstaltskleidung. Exemplarisch für dieses Zurichten in den Heimen waren Strafen wie Einsperren, Lohnentzug, Taschengeldentzug, Ausgangssperre, zwangsweises Haarschneiden, Bartschneiden, auch aus hygienischen Gründen. Der morgendliche Appell. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre nahmen die Sachbeschädigungen in den Heimen und tätliche Angriffen der Jugendlichen und Kinder auf Erwachsene zu. Ein furchtbares Kapitel waren die zwangsweisen Untersuchungen der entwichenen Mädchen auf Geschlechtskrankheiten; im Hauptpflegeheim stürzten sich verzweifelte Mädchen aus dem Fenster. Unsere Arbeitsbelastung war unbeschreiblich.“ (Wiedemann in Frommann/Becker 1996, S. 119f.)

Mit dem Blick auf die Kinder, die in diesen Heimen leben mussten, schreibt Martin Bonhoeffer 1973:

„Was bedeutet es für ein Kind, wenn es erfährt:

- Meine Eltern geben mich auf;
- Meine Eltern betreiben, dass ich ins Heim komme;
- Meine Eltern sind gleichgültig oder zu schwach, das zu verhindern?

Hier geht die Welt kaputt. Worauf kann ein Kind sich noch verlassen nach dieser Erfahrung? Mit Urmisstrauen geht es ins Heim, wo ihm in der Regel mit Misstrauen begegnet wird, wo

- fremde Erwachsene beanspruchen, alles zu erfahren über mich und alles für mich zu regeln,
- fremde Erwachsene bestenfalls sich anmaßen, mich lieben zu wollen.

Kein Kind kann sich dem entziehen und verrät zugleich sich selbst und alles, was ihm wert ist.

Was folgt nach diesem Anfang? Es folgt das hundertfache hoffnungsvoll-hoffnungslose Knüpfen und Abreißen aller menschlichen Beziehungen. Die Erzieher wechseln (...) Auch die anderen Kinder kommen und gehen.“ (Bonhoeffer 1973). Das ist ein Zitat aus einer Rede, die Bonhoeffer aus Anlass des ihm verliehenen Georg-Michael-Pfaff-Preises hielt.

In der Rede führt Bonhoeffer weiter aus:

„Erzieherwechsel – Kameradenwechsel – Gruppenwechsel – Wechsel von Heim zu Heim zu Heim – vom Heim zur Pflegestelle und wieder ins Heim –, aus heiterem oder weniger heiterem Himmel. Die Entscheidung fällt in fremden Büros. Wer noch nicht schwierig ist, der wird es. Ja, wer gesund ist und sich einen Rest eigener Person bewahrt hat, muss böse werden. Dann kommt es zur sogenannten Verlegung, schon um der braven Kinder wegen.“

„Die Verlegungsangst“, so Bonhoeffer, „ist das letzte und latent wirksame Disziplinierungsmittel eines jeden Heims, gewollt, unbewusst oder ungewollt. Abschieben, bestenfalls in ein Spezialheim, zuvor noch in ein Beobachtungsheim und schließlich in die Endstation mit Gittern. Die Selektion wird fachlich verbrämt mit dem Schwindel der sogenannten Heimdifferenzierung.“

Heimerziehung organisiere umfassend das gesamte Lebens- und Lernfeld der Kinder und habe „sich ihrer total bemächtigt.“ Das Beste sei, „diesen Kindern ein privates Leben zu ermöglichen, verstreut und eingebettet in unsere Gesellschaft, ein Leben, das ihnen Emotionalität und Stabilität sichert. Das muss der Grundgedanke sein.“ Die Reform der Heimerziehung müsse die Organisation der Heime verändern und Alternativen zur Heimerziehung schaffen, fordert Bonhoeffer. Er beendet seinen Vortrag mit einem Hinweis auf den Zusammenhang zwischen der *Heimkampagne* und den notwendigen Reformen: „Die Öffentlichkeit ist mittlerweile aufmerksamer auf die weithin unzumutbaren Arbeitsbedingungen der Erzieher und die unzureichenden Lebensbedingungen der Kinder in den Heimen. Seit die junge Linke half, seit sie zur Skandalisierung *beitrug*, ist die Heimerziehung in Bewegung geraten. Aus diesem Grunde darf man heute vorsichtig schon von Lichtblicken sprechen, über die zu berichten vor Jahren noch der Takt verbot. Ein neuer anderer Dialog mit der Öffentlichkeit kann einsetzen.“

Die Berliner Aktionen wurden von Gruppen der APO in West-Deutschland aufgegriffen. Es bildeten sich eine Vielzahl von Basisaktivitäten, Arbeitskreisen Kritischer Sozialarbeit, sogenannten Randgruppenprojekten, Kindergruppen, Jugendwohnkollektive. Eine der in der Öffentlichkeit stark beachteten Aktionen war die sogenannte Staffelberg-Kampagne in Hessen im August 1969. Auf dem 4. Jugendhilfetag in Nürnberg machten die in der Sozialistischen Aktion zusammen agierenden Gruppen von SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen der APO die Kritik an der Heim- und Fürsorgeerziehung zu einem Hauptthema. Alle diese Aktionen und Initiativen zusammen sind unter dem Titel „Heimkampagne“ in die Geschichte der Kinder- und Jugendhilfe nach 1945 eingegangen. Die Heimkampagne hat eine Fülle von Dokumentationen, Büchern, Artikeln hervorgebracht und die Gründung wichtiger Zeitschriften initiiert: Erziehung und Klassenkampf – Zeitschrift für Marxistische Pädagogik/Informationsdienst Sozialarbeit vom Sozialistischen Büro Offenbach (die Nummer 1 widmete sich der Fürsorgeerziehung im Kapitalismus) / die Berliner Heim- und Erziehungszeitschrift, um nur einige zu nennen. In diesen Publikationen wurde die öffentliche Erziehung in der Bundesrepublik einer umfassenden fachlichen und politischen Kritik unterzogen und Ansätze einer neuen Praxis diskutiert. Wichtige Bücher erschienen bei den führenden Verlagen (Suhrkamp, Fischer, Rowohlt, Kiepenheuer) und erreichten eine von heute aus gesehen geradezu spektakuläre Auflagenhöhe: Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus: 50.000, Bambule von Ulrike Meinhof: 70.000, Fürsorgeerziehung – Heimterror und Gegenwehr von Peter Brosch: 50.000.

Das erste Dokument der Heimkampagne beginnt mit dem Satz: „Es ist eine Probe auf die Menschlichkeit einer Gesellschaftsordnung, ob in ihr diejenigen zu ihrem Recht kommen, die es selber noch nicht fordern können.“ (Das ist ein Zitat aus einer Veröffentlichung des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen). In diesem Dokument, das als Flugblatt verteilt wurde, heißt es weiter:

„Wir stellten fest, es herrscht Personalmangel. Das vorhandene Personal ist zum großen Teil überhaupt nicht, viele mangelhaft und wenige gut ausgebildet. (...) Durch

Überbelegung der Gruppen sind die Erzieher zur Selbsthilfe gezwungen. Sie entwickeln hierbei autoritäre Erziehungspraktiken, die den geschädigten Kindern und Jugendlichen nicht helfen, sondern sie noch mehr schädigen. Um sich durchsetzen zu können, greift man zu drastischen Zuchtmitteln (Bunker, Isolierung, Urlaubssperre, Taschengeldentzug, Prügel, Kollektivstrafen, Versetzung der Kinder in andere Heime, wenn sie als untragbar bezeichnet werden). Strafen, die das Kind aus der Gemeinschaft ausstoßen, sind Verbrechen, weil sie die Grundlage alles Erziehens, das unbeirrte Zugehörigkeitsbewusstsein zerstören. (...)

Diese Situation darf nicht länger bestehen bleiben, wenn dieser Staat weiter von sich behaupten will, er sei ein freiheitlich demokratischer Rechtsstaat. Ein Rechtsstaat hat zumindest für diejenigen, die ihre Interessen noch nicht artikulieren können, allen Minderjährigen und speziell den Heiminsassen Möglichkeiten gesetzlicher Art zu schaffen, die gewährleisten, dass die Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen befriedigt werden können. Bei dieser Gesetzgebung ist es eindeutig so, dass sie der Willkür der Institutionen ausgeliefert sind und noch nicht einmal die Möglichkeit haben, die Ungerechtigkeiten, die an ihnen begangen werden, der Öffentlichkeit mitzuteilen. (...) Es wird nur die Möglichkeit geben, dass fortschrittliche Sozialarbeiter, Heimerzieher, Jugendpfleger, Dozenten, Sozialstudenten etc. sich daran machen, die Situation in den Heimen mit Methoden zu ändern, die dem Senator kaum gefallen werden. Diese progressiven Leute müssen sich also organisieren, um gegen die organisierte Barbarei des Senats vorzugehen. Man sollte sich also Kollegen suchen, die ebenfalls unzufrieden sind. Man sollte Kontakt zu anderen Gruppen aufnehmen, um gemeinsam Aktionen zu planen und durchzuführen.

Was könnten das für Aktionen sein?

Die Öffentlichkeit muss über die Zustände in den Heimen informiert werden. Das schafft man dadurch, dass man die Presse mit Informationen bombardiert und den Staat ebenfalls – nehmen wir einmal an, der Senat wüsste nichts über die Zustände in den Heimen. Man muss Demonstrationen machen. Man muss Flugblätter in der Öffentlichkeit verteilen. Auf öffentlichen Veranstaltungen muss die Bevölkerung über die Heimsituation aufgeklärt werden. Es gibt noch mehr Möglichkeiten. Der Fantasie sind nur rationale Grenzen gesetzt. (...)

Man weiß, dass Konventionen verletzt werden, dass vielleicht die herkömmlichen Maßstäbe von Sitte, Ruhe und Ordnung überschritten werden müssen, man weiß aber auch von den Erfahrungen der Studenten an den Universitäten: Erst wenn der Dienstweg nicht eingehalten wird, erst wenn die oft unsinnigen Vorschriften übertreten werden, wenn man die Ruhe durch Lärm stört – erst dann ist man in den Institutionen bereit, etwas zu unternehmen. (...)

Die Ruhe, die über den Kinderheimen liegt, ist nicht mehr zweckentsprechend. Hinter dieser Ruhe wird etwas getan, was keine Ruhe wert ist! Deshalb ist die erste Forderung an alle, die sich mit der augenblicklichen Situation nicht abfinden wollen: Schaffen wir an den richtigen Stellen so viel Unruhe, dass der Senator durch die Öffentlichkeit gezwungen wird, zu sagen, was in seinem Bereich alles vorgeht! Schaffen wir Möglichkeiten zur wirklichen Veränderung der mittelalterlichen Heimsituation!

REDEN WIR NICHT NUR ÜBER VERÄNDERUNG! HANDELN WIR ENDLICH!!!!!!!
 (Dieses und weitere Dokumente zur Heimkampagne in: Gefesselte Jugend –
 Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. 1971. Frankfurt am Main. S. 330ff.)

Im historischen Rückblick wird deutlich, dass die Heimkampagne als Teil der Achtundsechziger Bewegung wesentliche Impulse zur mühevollen Reform der Kinder- und Jugendhilfe gegeben hat, die schließlich, nach zweiundzwanzig Jahren, 1990, zur Verabschiedung des jetzt geltenden Kinder- und Jugendhilferechts führte. Eine bedeutende Station auf diesem Weg war der 6. Jugendhilfetag der AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe) im November 1978 in Köln, der von dreißigtausend Menschen besucht wurde, unter ihnen viele Jugendliche aus Heimen und aus der Jugendzentrumsbewegung. Unter dem Titel „Heimerziehung – Der alltägliche Skandal“ gab es eine Großveranstaltung, auf der eine bittere Bilanz für das Jahrzehnt seit der Heimkampagne gezogen wurde.

Erst nach diesem Jugendhilfetag, auf dem das Jugendpolitische Forum, ein Bündnis der linken Gruppierungen in der BRD-Jugendhilfe, mit seiner radikalen Kritik und seinen Alternativen zur vorherrschenden Praxis das Geschehen bestimmte, kam die Jugendhilfe-Reform auf breiterer Ebene richtig in Gang. In den achtziger Jahren verschwanden die totalen Institutionen, die Heime- und Fürsorgeerziehungsanstalten, allmählich und die in den Siebzigern entwickelten Alternativen wurden sukzessive zu Standards und Regelangeboten der Kinder- und Jugendhilfe: Die Jugendwohngemeinschaften wurden zu sozialpädagogischen Jugendwohngemeinschaften, aus denen heraus sich das Betreute Einzelwohnen entwickelte. Es entstanden lebensweltorientierte Kleinstheime, vor allem für Kinder. Das Pflegekinderwesen wurde quantitativ und qualitativ ausgebaut. Ambulante differenzierte Erziehungshilfen ermöglichten ein individuelles Eingehen auf die je spezifische Situation von Kindern und Jugendlichen. Die sozialpädagogische Familienhilfe entstand. Aus der Jugendzentrumsbewegung wurde die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Die Theorieentwicklung der Sozialpädagogik spiegelt diese Entwicklung. In den alle vier Jahre vorgelegten Kinder- und Jugendberichten der Bundesregierung, in einer Fülle von Forschungsergebnissen, Buchpublikationen und immer aktuell und überwiegend kritisch in den wichtigen Zeitschriften (*sozial extra* / *Forum Erziehungshilfe* / *neue praxis* / *Widersprüche*) ist diese eindrucksvolle Theorieentwicklung dokumentiert. Hervorzuheben ist, dass die *neue praxis* ununterbrochen seit 1969 die Kinder- und Jugendhilfe und darüber hinaus andere Bereiche der Sozialen Arbeit kritisch reflektiert und begleitet, die *Widersprüche*, die aus dem 1971 gegründeten *Info-Sozialarbeit* hervorgegangen sind, bis heute authentisch sozialistische Theorie in verschiedenen Nuancierungen in der Sozialen Arbeit vertritt. *sozial extra*, Mitte der siebziger Jahre gegründet, die Zeitschrift für eine kritische Praxis geblieben ist. Beeindruckende Kontinuitäten für einen kritischen Theorie-Praxis-Bezug, die sich direkt auf die Achtundsechziger Bewegung in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik zurückführen lassen. Fürsorgeerziehung und sogenannte Freiwillige Erziehungshilfe und der unsägliche, Generationen von Kindern und Jugendlichen in der Jugendhilfe stigmatisierende Verwahrlosungs-begriff sind aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) verschwunden.

Eine reine Erfolgsgeschichte also? Weit davon entfernt. Vielleicht war der oben zitierte Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Sozialarbeit noch nie so groß wie gegenwärtig. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: 1. 1968 gab es eine theoretische Grundlagen der Sozialen Arbeit, beziehungsweise ihrer diversen Teilgebiete, die diesen Namen verdient hätten, erst in einigen Ansätzen. Das hat sich in den vergangenen Jahren auf imponierende Weise geändert. Theorie und theoretische Selbstreflexion der Sozialen Arbeit haben eine historisch nie dagewesene Höhe erreicht, mit all ihren Widersprüchen, Diskursen, Kontroversen natürlich und gottlob. 2. Gleichzeitig hat sich die in den siebziger/achtziger Jahren aus der Kritik von „Achtundsechzig“ entwickelte Praxis gegen die neo-liberale Sozialpolitik, die seit der Wende in Deutschland dominant geworden ist, nicht weiter entwickeln können. Seit circa zehn Jahren unterliegt die Soziale Arbeit und mit ihr die Kinder- und Jugendhilfe dem Druck einer Ökonomisierung. Gesamtgesellschaftlich gibt es eher das Gegenteil zu der „Aufbruchstimmung“ von Achtundsechzig, die linken Gruppen in der Sozialen Arbeit den Rücken stärkte. Auf der Ebene der alltäglichen Praxis befindet sich die Jugendhilfe seit Jahren in der Defensive, ihre Legitimationsprobleme gegenüber dem gesellschaftlichen Mainstream sind enorm. Unter diesem Druck werden auch Positionen erodiert und schließlich aufgegeben, die zum Fokus der Kritik und der Veränderungen gehörten. Auf dem 13. Jugendhilfetag in Essen, der unter der Selbstverpflichtung „Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!“ viele Tausend Menschen aus allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe versammelte, gab es eine Veranstaltung zu FM., das heißt: „Freiheitsentziehende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in den stationären Erziehungshilfen“, wie die Heimerziehung heute heißt. Circa hundert BefürworterInnen der Wiedereinführung Geschlossener Unterbringung als Regelangebot der Kinder- und Jugendhilfe, unter ihnen SozialpädagogInnen, die in solchen Einrichtungen arbeiten (z.Z. gibt es dreihundert Geschlossene Heimplätze in Deutschland) diskutierten die rechtlichen Rahmenbedingungen von FM, forderten ein Ende der Kritik an der „Verbindlichen Unterbringung“ beziehungsweise „Pädagogisch-Therapeutischen Intensivstation“, wie sie heute sagen, und berichteten von Wartelisten und einer großen Nachfrage der kommunalen Jugendämter nach Geschlossener Unterbringung, die gegenwärtig nicht annähernd befriedigt werden könne. Es war schwer, dieser überzeugungsmächtigen Vorstellung in der Diskussion kritisch entgegen zu treten. Sie erinnern sich an den populistischen Bestrafungs- und Ausgrenzungswünsche stimulierenden Wahlkampf der CDU in Hessen: Erziehungscamps, Geschlossene Heime, Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters wurden da gefordert. Obwohl Ministerpräsident Koch mit diesem Programm eine Abfuhr erhielt, hat die Hessische Sozialministerin vor wenigen Wochen dem katholischen Don Bosco-Heim von den Salesianern den Auftrag erteilt, eine Geschlossene Jugendhilfeeinrichtung zu machen. Die Salesianer beziehungsweise ihre Heimerziehung gehörten zu den finstersten Kapiteln der Jugendhilfegeschichte in Deutschland.

Das alles vollzieht sich, während heute, vierzig Jahre nach der Heimkampagne, dreißig Jahre nach dem Jugendhilfetag 1978, Frauen und Männer im Alter zwischen

fünfzig und achtzig Jahren, die als Kinder und Jugendliche in den vierziger bis siebziger Jahren in der Heim- und Fürsorgeerziehung leben mussten, anfangen, in der Öffentlichkeit über die Zerstörung ihres Lebens zu reden, über Demütigungen, Erniedrigungen, Misshandlungen und Ausbeutung in Kinderheimen und Fürsorgeerziehungsanstalten. Sie haben sich im *Verein der Ehemaligen Heimkinder* organisiert und erreicht, dass der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags sich in drei Anhörungen mit der Heimerziehung bis Ende der siebziger Jahre auseinandergesetzt hat und in diesen Tagen den Bundestag empfehlen wird, wie mit dieser Vergangenheitsschuld der Jugendhilfe gegenüber den Überlebenden heute umgegangen werden soll. Während die großen Träger: die Arbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter mit Unterstützung der Konferenz der Jugendminister, der Caritas-Verband mit Unterstützung der Katholischen Kirche, das Diakonische Werk mit Unterstützung der Evangelischen Kirche in Deutschland, immer noch mit Sprachregelungen wie „Bedauerliche Einzelfälle“ und „Auch die Heimerziehung war lediglich ein Kind ihrer Zeit und hat die gesellschaftlich übliche Erziehung praktiziert“ jede Schuld zurückweisen, sich nicht öffentlich bei den Opfern entschuldigen wollen und Entschädigungsleistungen ablehnen, hat die AGJ ihren Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe dem Journalisten Peter Wensierski für sein Buch „Schläge im Namen des Herrn – Die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik“ auf dem Jugendhilfetag in Essen verliehen und immer mehr Einzelne und Gruppen und Einrichtungen unterstützen inzwischen die Initiative der Ehemaligen. Auch viele andere Veranstaltungen auf dem Jugendhilfetag und neue Initiativen für eine Kritische Soziale Arbeit zeigen, dass eine Polarisierung begonnen hat, deren Ausgang gegenwärtig offen ist. „Es ist doch noch nicht aller Tage Abend...“ hat Hans-Uwe Otto in der Festschrift zu meinem fünfundsechzigstem Geburtstag 2005, die den Titel „Einmischungen“ trägt, mir zugerufen – auch er achtundsechzig Jahre alt und einer von den „Sechzigern“, die ich oben skizziert habe. Er schrieb damals: „Soziale Fragen werden immer gesellschaftlich entschieden. Notwendig ist daher auch eine Repolitisierung der Sozialen Arbeit, um nicht einen verkürzten Aktivismus beziehungsweise einer governmental eingefassten Aktivierung als neuer Steuerungsgröße ausgeliefert zu sein. Über die Jahre hinweg ist das Sozialstaatsmodell zunehmend erodiert (und das Gelbe vom Ei war es noch nie, möchte ich hinzufügen, M.K.) und droht heute fast vollständig durch die kapitalistische Strukturlogik marktwirtschaftlichen Handelns substituiert zu werden.“ (vgl. Musfeld/Schmidt 2005).

Heinz Sünker forderte im Jahre 2000 in Anknüpfung an „Achtundsechzig“ „Eine Soziale Arbeit“, die sich in Theorie, Praxis und analytischer Kompetenz ihre gesellschaftstheoretischen und gesellschaftspolitischen Kontexte, wie ihrer professionellen Perspektiven bewusst ist und substantielle Veränderungsprozesse *erneut* zu ihrem Thema zu machen“, und vor zwei Wochen auf einem Podium des Jugendhilfetags sagte er, es werde nur gelingen, wenn wir von der Analyse zur Konfrontation übergehen, angesichts eines Klassenkampfes von oben. Da schließt sich der Bogen zu 1968 und zu konfrontativen Aktionen wie der Heimkampagne. Zum Abschluss möchte ich noch einen weiteren Wuppertaler zitieren, der heute hier

ist, den Dekan der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät, Andreas Scharschuch. Er schrieb ebenfalls im Jahre 2000 in der gleichen Publikation wie Heinz Sünker, der Festschrift zum sechzigsten Geburtstag von Hans-Uwe Otto:

„Der Ansatzpunkt für eine politische Strategie zur Realisierung und Sicherung des Bürger-Status liegt nicht hinter einem entfernten gesellschaftlichen Horizont, sondern wird greifbar in der Realisierung demokratischer Formen der politischen Auseinandersetzung aller Beteiligten in den konkreten Institutionen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit.“

Aber anders als 1968 muss sich die Soziale Arbeit und mit ihr die Kinder- und Jugendhilfe heute selbst ermächtigen, denn der gesellschaftliche Wind bläst ihr ins Gesicht statt ihr den Rücken zu stärken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und ihre große Geduld.

Literatur:

Autorenkollektiv (1971). Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus.

Frankfurt am Main

Glaser, Hans / Silenius, Axel (1968) (Hg.) Protest der Jugend. Frankfurt am Main

Müller, Siegfried / Sünker, Heinz / Olk, Thomas / Böllert, Karin (2000) (Hg.). Soziale Arbeit – Gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven.

Neuwied

Schmidt, Andrea / Musfeld, Tamara (2005) (Hg.). Einmischungen – Beiträge zu Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Frankfurt am Main

Schoeps, Hans-Joachim (1972). Deutschland droht die Anarchie. Mainz